



## Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW  
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Seenotrettung als humanitäre Verpflichtung - solidarischen Kommunen die Aufnahme von Geflüchteten ermöglichen

Platz des Landtags 1  
D-40221 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 884-4408  
Fax: (0211) 884-3677  
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 10.04.2019

### - Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das internationale Seerecht ist in der Frage der Seenotrettung unmissverständlich. Die Rettung hilfsbedürftiger Menschen auf See ist eine Verpflichtung aller Schiffe und deren Besatzung.

Allerdings hat die Rettung von Geflüchteten im Mittelmeer zu Diskussionen geführt. Menschen, die versuchen aus Afrika nach Europa zu gelangen, dürfen jedoch gegenüber anderen Schiffbrüchigen nicht Menschen zweiter Klasse sein. Das Zurücklassen von Ertrinkenden sowie die Weigerung von einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Rettungsschiffe in ihre Häfen einlaufen zu lassen, widersprechen den Grundsätzen des Seerechts. Für uns als Freie Demokraten stehen das einzelne Individuum und der Schutz der Menschenrechte im Mittelpunkt.

Leben zu retten, ist eine humanitäre Verantwortung. Aber neben der Rettung ist auch die Bekämpfung von Ursachen der Seenot eine Verpflichtung.

Ein wesentlicher Aspekt sind dabei die kriminellen Schleusernetzwerke. Diese müssen entschieden bekämpft werden. Wir dürfen Menschen nicht Schmugglern überlassen, die aus der Not der Betroffenen Profit schlagen und sie in überfüllte, nicht hochseetüchtige Boote setzen.

Wir müssen zwischen der kalkulierten Ausnutzung zivilen Engagements durch die Schleuser und der humanitären Seenotrettung klar differenzieren. In diesem Sinne bedeutet die Überlassung der Seenotrettung durch private oder gemeinnützige Organisationen keine Lösung, sondern eine Flucht vor Verantwortung der europäischen Staatengemeinschaft. Deshalb brauchen wir endlich einen gemeinsamen europäischen Ansatz.

Wir müssen die europäischen Grenzen schützen oder besser noch, anfangen von einer einzigen europäischen Grenze zu sprechen. Dazu muss FRONTEX zu einem EU-Grenzschutzsystem mit echten Hoheitsrechten und einer Einsatzstärke von 10.000 Personen ausgebaut werden. Die Einstellung der SOPHIA-Operation ist hingegen der falsche Weg und eine Beobachtung aus der Luft ist geradezu zynisch.

Ebenso brauchen wir europäische Lösungen bei der Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten. Leider konnte eine Einigung auf einen dauerhaften EU-weiten Verteilungsschlüssel bisher nicht erreicht werden. Bis zu einer Neuordnung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems setzen wir deshalb darauf, Artikel 17 der Dublin-III-Verordnung zu nutzen. Demnach kann ein EU-Mitgliedstaat die Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens aus einem anderen Mitgliedstaat an sich ziehen, wie auch dieses Jahr bereits praktiziert.

Hingegen würde ein hier von den Grünen gefordertes Landesaufnahmeprogramm die dauerhafte Aufnahme in Nordrhein-Westfalen unabhängig von rechtlich relevanten Schutzgründen garantieren. Dies könnte noch mehr Menschen dazu bewegen, sich auf den lebensgefährlichen Weg über das Mittelmeer zu begeben.

Von zentraler Bedeutung ist zudem die Bekämpfung von Fluchtursachen. Deshalb ist eine Verbesserung der Situation in Herkunfts- und Transitländern von entscheidender Bedeutung. Solange die Chancen auf Bildung, sozialen Aufstieg und wirtschaftlichen Erfolg für einen Großteil der Bevölkerung in ihrer Heimat gering sind, solange werden Menschen ihr Glück selbst auf zum Untergang geweihten Schlauchbooten suchen.

Mit einem echten Einwanderungsgesetz können legale und sichere Wege nach Europa und Deutschland für qualifizierte Migranten geschaffen werden.

Für politisch oder anderweitig Verfolgte sowie Kriegsflüchtlinge steht weiterhin das Asylsystem offen.

Die Bekämpfung des Schleuserwesens, die Schaffung von Perspektiven in den Herkunftsländern, menschenwürdige Unterbringung und Versorgung in den Transitländern, ein Einwanderungsgesetz, die Schaffung legaler und sicherer Wege sowie ein europäisches Asylsystem sind somit beste Voraussetzungen, Einsätze von Seenotrettern seltener zu machen.